



INHALT AUGUST 2009

SEITE 1

WEGWEISER FÜR MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Woche der Weiterbildung zieht positive Bilanz

MISCH MIT!

Interkulturelle Woche 2009

ZAHLENWERK

Schulabschlussniveau von jugendlichen Zuwanderern nach dem Ende des letzten Pflichtschuljahrs

SEITE 2

SIE GEHÖREN ZU UNS!

Aufruf zur Abschaffung des Optionszwangs und Bundestagsdebatte dazu

„DEUTSCH LERNEN – DEUTSCHLAND KENNEN LERNEN“

Kampagne des Innenministeriums gestartet

SEITE 3

DEMOKRATIE IM BETRIEB

Wettbewerb von Arbeit und Leben

BILDUNGSCHANCEN VON AUSSIEDLER-JUGENDLICHEN

Analyse und praktische Anregungen für den Bereich Übergang Schule – Beruf

STUDIE: TEMPORÄRE MIGRATION

Untersuchung des German Marshall Fund

BUNDESTAGSWAHL 2009

Forum Menschenrechte legt Forderungskatalog vor

SEITE 4

„GEMEINSAM FÜR TOLERANZ“

Kommentar von Franz-Josef Möllenbergs, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

WEGWEISER FÜR MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Woche der Weiterbildung zieht positive Bilanz

Mehr als doppelt so viele Veranstaltungen wie im letzten Jahr, rund 70 Partner und Unterstützer, auch dies deutlich mehr als 2008 – das ist die Bilanz der dritten Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund, die vom 25. bis 31. Mai 2009 stattfand.

Partner aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, ARGEs und Jobcentern sowie Migrantenorganisationen gaben Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, sich über passende Qualifizierungs- und Förderangebote bei berufsbezogenen Sprachkursen, im Handwerk, im sozialpflegerischen Bereich oder in der Tourismusbranche

zu informieren. Daneben gab es Angebote zur Kompetenzfeststellung, Hilfestellung für die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und praktische Tipps für die Bewerbung.

Auf Tagungen und in Workshops wurden die Ursachen der zu niedrigen Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, Vorteile der Zusammenarbeit in lokalen oder branchenbezogenen Netzwerken, Fragen der Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse, kultursensible Bildungsberatung und Kompetenzfeststellungsverfahren thematisiert. Und aktuell aufgegriffen wurde das Thema Kurzarbeit und Qualifizierung.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz beschreibt das zentrale Anliegen der

Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund so:

„Migrantinnen und Migranten zu helfen, ihre Stärken und Schwächen zu erkennen und sie zu ermutigen, die Weiterbildungsangebote, die grundsätzlich zur Verfügung stehen, auch wahrzunehmen.“

Die Woche der Weiterbildung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. IQ Consult koordiniert die bundesweite Aktionswoche unter dem Dach des Kompetenzzentrums Pro Qualifizierung – Interkulturelle Öffnung im Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“.

Informationen unter:

www.pro-qualifizierung.de

Telefon 02 11/43 01-1 83

(Andreas Städter)

A.Staedter@iq-consult.de

MISCH MIT!

Interkulturelle Woche 2009

„Misch mit!“ ist das Motto der Interkulturellen Woche 2009, die zwischen dem 18. September und 3. Oktober stattfindet. Thematisiert werden die Möglichkeiten und Begrenzungen der Partizipation von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen: Welche Erfahrungen gibt es aus Schule, Ausbildung und Beruf? Welche Maßnahmen wirken Diskriminierung entgegen? Wie können sich Religionsgemeinschaften in die Gesellschaft einbringen? Wie steht es um das Einbürgerungsrecht und um

den Familiennachzug? Und: Welche Perspektive haben Menschen ohne Papiere? Materialien für die Interkulturelle Woche 2009 können auf der Homepage eingesehen und bestellt werden. Dort gibt es auch das Logo in verschiedenen Formaten sowie das Plakat 2009 und die Postkartenserie 2009. In der Archivseite können Materialien der vergangenen Jahre eingesehen werden – was auch zur Anregung für Aktionen dienen kann.

Alles Weitere findet sich auf der Seite:
www.interkulturellewoche.de



ZAHLENWERK

Schulabschlussniveau von jugendlichen Zuwanderern nach dem Ende des letzten Pflichtschuljahrs (Daten 2004)

	ohne	HS	QHS	R
Aussiedler gesamt	31	36	20	13
Aussiedler männlich	40	35	16	9
Aussiedler weiblich	18	38	24	20
ohne Migrationshintergrund	26	36	16	22
andere mit Migrationshintergrund	21	41	21	17

HS = Hauptschulabschluss

QHS = qualifizierter Hauptschulabschluss

R = Realschulabschluss

Daten: Deutsches Jugendinstitut (siehe auch: „Bildungschancen von Aussiedlerjugendlichen“, Seite 3)

SIE GEHÖREN ZU UNS!

Aufruf zur Abschaffung des Optionszwangs und Bundestagsdebatte dazu

Am 24. Juni 2009 wurde in Berlin der Aufruf „Sie gehören zu uns! – Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“ vorgestellt. Wenig später – am 2. Juli 2009 – wurde im Bundestag ein Antrag der Grünen auf Abschaffung des Optionszwangs mehrheitlich abgelehnt.

AUFRUF WIDER DEN OPTIONSZWANG

Mit dem am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsrecht gilt für Kinder ausländischer Eltern, dass sie zunächst eine doppelte Staatsbürgerschaft – die deutsche und die der Eltern – besitzen. Mit 18 Jahren spätestens im Alter von 23 müssen sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Geben sie ihren ausländischen Pass nicht ab, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Kinder, die am 1. Januar 2000 noch keine zehn Jahre alt waren, konnten auf Antrag die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten. Die ersten sind also aufgefordert, sich zu entscheiden. 2008 waren es 3.300, in diesem Jahr sind es 3.900. Ab 2018 wird die Zahl bei 40.000 liegen.

„Die jungen Menschen empfinden diesen Vorgang nicht nur als Infragestellung ihrer Staatsangehörigkeit, sondern letztlich auch ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft.“ So heißt es in dem Aufruf. Nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass Kinder mit einem deutschen Elternteil oder mit Eltern aus EU-Staaten dem Optionszwang nicht unterliegen, also nur Drittstaatler betroffen sind. Annelie Buntenbach vom Geschäftsführenden DGB Bundesvorstand plädierte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Aufrufs deshalb für eine generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Die Abschaffung des Optionszwangs sei

ein erster Schritt: „Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören – und zwar ohne Wenn und Aber!“

Annelie Buntenbach zählt zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs. Daneben stehen die drei Vorgängerinnen der derzeitigen Integrationsbeauftragten Maria Böhmer, Marie-Luise Beck, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Liselotte Funke sowie Klaus J. Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration, weitere Wissenschaftler und Vertreter aus Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Einer der Wissenschaftler, der Hannoveraner Hochschullehrer Axel Schulte, wies bei der Vorstellung des Aufrufs auf die Probleme für das Demokratieprinzip hin, die der Optionszwang mit sich bringt: „Zentrale Partizipationsrechte wie das Wahlrecht basieren auf der Staatsbürgerschaft. Die Einbürgerungszahlen sinken dramatisch, die Kluft zwischen wahlberechtigtem Staatsvolk und Bevölkerung wird zusehends größer. Durch den Optionszwang verschärft sich diese Problematik. Das schadet unserer Demokratie.“



„DEUTSCH LERNEN – DEUTSCHLAND KENNEN LERNEN“

Kampagne des Innenministeriums gestartet

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer haben am 9. Juli 2009 bei einem Besuch in der Fichtelgebirge-Grundschule in Berlin-Kreuzberg die Kampagne „Deutsch

lernen – Deutschland kennen lernen“ gestartet. Dabei geht es um so genannte Elternintegrationskurse, die Müttern und Vätern aus Zuwandererfamilien die Möglichkeit bieten, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern und Informationen über Erziehung, Bildung und Ausbildung ihrer Kinder in Deutschland zu erhalten.

BUNDESTAGSDEBATTE ZUM OPTIONSZWANG

Am 2. Juli wurde im Bundestag auf Antrag der Grünen dann über die Abschaffung des Optionszwangs diskutiert und abgestimmt. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP sprachen sich gegen den Antrag aus. Aus der FDP gab es eine Stimme für den Antrag. Die SPD war in der Sache dafür, mochte aber nicht zustimmen, da das Gesetz zeitlich vor der Bundestagswahl nicht verabschiedet werden könnte und angesichts der Situation im Bundesrat es auch keine Chance hätte. Gleichwohl stimmten sieben SPD-Abgeordnete dafür. Die Grünen und die Linke stimmten für den Antrag.

In der Debatte sprach sich Reinhard Grindel (CDU/CSU) ausdrücklich für eine Ungleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen aus. Auf eine Nachfrage des SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy zu Kindern aus binationalen Ehen und von EU-Staatsangehörigen sagte er: „Man muss Gleches gleich und Ungleiche ungleich behandeln. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob es um ein Kind aus binationaler Ehe, in der ein Elternteil Deutscher ist, oder um jemanden aus der Europäischen Union geht. Die große Mehrzahl der Fälle von Mehrstaatigkeit entsteht schließlich dadurch, dass Menschen, die aus den verschiedenen EU-Staaten stammen, heiraten. Insofern kann ich nur sagen: Es ist etwas anderes, ob Menschen zum europäischen Staatenverbund gehören, ob sie deutsche

Eltern haben oder ob all diese Voraussetzungen nicht gegeben sind.“

Insgesamt war die Debatte zumindest über einige Strecken vom Wahlkampf geprägt. Kritik wurde unter anderem von dem Grünen-Abgeordneten Josef Philip Winkler und der SPD-Parlamentarierin Lale Akgün an der Tatsache geübt, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung der Sitzung ferngeblieben war.

Der Aufruf „Sie gehören zu uns! – Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“ wird vom Interkulturellen Rat koordiniert.

Der Text des Aufrufs steht im Internet unter:

[www.migration-online.de/
wider-den-optionszwang](http://www.migration-online.de/wider-den-optionszwang)
Hintergrundinformationen unter:
[www.migration-online.de/
hintergrund-optionszwang](http://www.migration-online.de/hintergrund-optionszwang)

Eine Zusammenfassung der Pressekonferenz, auf der der Aufruf vorgestellt wurde, findet sich unter:
[www.migration-online.de/
pk-optionszwang](http://www.migration-online.de/pk-optionszwang)

Das Protokoll der Bundestagssitzung über den Antrag der Grünen zur Abschaffung des Optionszwangs steht im Netz unter:
[www.migration-online.de/
bt-optionszwang](http://www.migration-online.de/bt-optionszwang)

Weitere Infos und aktuelle Meldungen finden sich auf der Internetseite:
www.wider-den-optionszwang.de

kisch und Russisch verfügbar ist. Die Kampagne wird im Auftrag des Innenministeriums von der Zeitbild Stiftung und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt.

Die Materialien können bestellt werden unter:
deutsch-lernen@zeitbild.de

DEMOKRATIE IM BETRIEB

Wettbewerb von Arbeit und Leben

A nlässlich des 60-jährigen Bestehens von Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen wird erstmals der Preis „Demokratie im Betrieb“ vergeben. Damit sollen Initiativen, Projekte oder Aktionen ausgezeichnet werden, die die Beteiligung und Demokratie im Betrieb gefördert haben. Als ein Beispiel wird die Verhinderung von Diskriminierung genannt.

Ausgezeichnet werden können Einzelpersonen, Teams oder Gremien wie Betriebsräte oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Schirmherr des Wettbewerbs ist der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Neben der Beschreibung des Projekts sollte eine Kontaktperson und eine Referenzperson benannt werden.

Vorschläge können bis zum 30. August 2009 eingereicht werden bei:

Arbeit und Leben
Mintropstr. 20
40215 Düsseldorf
demokratieimbetrieb@aulnrw.de

Weitere Informationen unter:

www.aulnrw.de



BILDUNGSCHANCEN VON AUSSIEDLERJUGENDLICHEN

Analyse und praktische Anregungen für den Bereich Übergang Schule – Beruf

„Zwischen Integration und Ausgrenzungsrisiken – Aussiedlerjugendliche im Übergang Schule – Beruf“ ist der Titel einer Untersuchung, die vor Kurzem vom Deutschen Jugendinstitut veröffentlicht wurde. Der eigentliche Untertitel lautet „Ein Handbuch für die Praxis“. Auch das trifft zu.

In einem ersten Teil werden Lebenslagen und Bildungsverläufe von Aussiedlerjugendlichen analysiert. Sie stellen einen großen Anteil dieser Zuwanderergruppe. 43 Prozent sind unter 25 Jahre alt. Auch wenn sie eher als andere Zuwanderergruppen häufig weiterführende Schulen besuchen und Abitur machen, fällt der Vergleich zu den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund negativ aus: „Die jungen Aussiedler bewältigen die Schullaufbahn mit Verzögerungen und Verspätungen, sind an Hauptschulen überrepräsentiert, verlassen die Schule häufiger ohne Abschluss als Jugend-

liche deutscher Herkunft. Ihr Übergang auf weiterführende Schulen ist erschwert und sie weisen eine deutlich höhere Ungelerntenquote auf.“

Untersucht werden Gründe und Ursachen von fehlender familiärer Unterstützung bis hin zu soziokulturellen Prägungen aus den Herkunfts ländern.

In einem zweiten Teil werden dann praktizierte Förder- und Integrationsangebote für Aussiedlerjugendliche vorgestellt, die sich bewährt haben und zur Nachahmung empfohlen sind. Das macht dann das Handbuch für die Praxis aus. Für diejenigen, die auf diesem Feld nicht aktiv sind, ist die Analyse der Lebenslagen zumindest genauso lehrreich.

Zwischen Integration und Ausgrenzungsrisiken – Aussiedlerjugendliche im Übergang Schule – Beruf (Autoren Ralf Kuhnke, Elke Schreiber) kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/aussiedlerjugendliche

STUDIE: TEMPORÄRE MIGRATION

Untersuchung des German Marshall Fund

Der German Marshall Fund (GMF) untersucht in einer knappen Studie das Aufkommen neuer Programme für eine zeitlich begrenzte Arbeitsmarktmigration, insbesondere die Überlegungen der EU-Kommission für eine temporäre Migration, die auch in der wissenschaftlichen Community in den USA diskutiert werden.

Hintergrund bilden die Erfahrungen zum einen aus der deutschen Anwerbepolitik (so genanntes „Gastarbeiterprogramm“) 1955 bis 1973 und zum anderen aus dem Bracero-Programm, über das zwischen 1942 und 1964 über 4,5 Millionen mexikanische Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem in der kalifornischen Landwirtschaft vorübergehend beschäftigt wurden.

Nach dem Ende des Programms blieb die vorhergesagte Knappheit von Arbeitskräften in der Landwirtschaft aus – vor allem wegen der illegalen Einreise von Mexikanern, die von den

Farmen durchaus gerne unterstützt wurde.

Als zentrale Lehre der deutschen Anwerbepolitik nennt die Studie den Wunsch der Arbeitgeber eingearbeitete Leute behalten zu können und davon ausgehend die Tatsache, dass mit andauerndem Aufenthalt den Zugewanderten fundamentale Menschenrechte nicht verweigert werden konnten.

Das sind die Erfahrungen, die bei temporärer Migration beachtet werden müssen. Vor diesem Hintergrund stellt die Studie die Vorschläge der EU-Kommission vor und diskutiert sie. Stichworte sind unter anderem Brain Drain, Humankapitalentwicklung in den Aufnahmeländern und mögliche Chancen für die Entsendeländer.

Guest Worker Programs and Circular Migration: What Works? (Autoren: Friedrich Heckmann, Elmar Hönekopp, Edda Currel) kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/gmf_guest_worker_programs

BUNDESTAGSWAHL 2009

Forum Menschenrechte legt Forderungskatalog vor

In einem umfangreichen Forderungskatalog hat das Forum Menschenrechte die Parteien aufgefordert, Menschenrechte nicht nur in Wahlkampfreden zu thematisieren, sondern in allen Bereichen politischen Handelns zur Grundlage zu machen.

Die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte gelte es – so das Forum Menschenrechte – uneingeschränkt gegen alle zu verteidigen, die ihre Geltung bestreiten und bekämpfen oder sie aufgrund sicherheits- und wirtschaftlicher Interessen einschränken wollen.

Der Forderungskatalog umfasst sechs Themenbereiche. Unter Punkt 5 (Schutz und Förderung von Menschenrechten in Deutschland) sind Fragen thematisiert, die unter den

Bereich Migration fallen, etwa Flüchtlingschutz, Sicherung der Rechte vom Menschen ohne Papiere oder Gestaltung der Einwanderung unter Achtung menschrechtlicher Konventionen.

Dem Forum Menschenrechte gehören 50 Organisationen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft an, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Der Forderungskatalog kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/forderungskatalog_wahl



FORUM MIGRATION 8

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 50848

„GEMEINSAM FÜR TOLERANZ“

KOMMENTAR

Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung- Genuss-Gaststätten (NGG)

In Deutschland werden Menschen zunehmend wegen Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung diskriminiert. Solche Diskriminierungen sind kein Randproblem. Sie sind weder jugendspezifisch noch regional auf Ostdeutschland begrenzt. In einer Migrationsgesellschaft wie der deutschen müssen die Menschen besonders tolerant miteinander umgehen. Rassistische Äußerungen und Gewalttaten, so genannte Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben hier nichts zu suchen.

Deshalb sind alle Demokratinnen und Demokraten aufgefordert, sich gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus wie gegen alle anderen Formen der Diskriminierung zu stellen. Politisch Verantwortliche und alle Bürgerinnen und Bürger müssen „Gesicht zeigen“ für mehr Demokratie und Toleranz in Deutschland und Europa.

Nicht nur Gesellschaften, auch Unternehmen werden immer internationaler. Kaum eine andere Branche ist so international wie das Gastgewerbe. Neben der kulinarischen Vielfalt prägen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Nationen das Bild von Hotellerie und Gastronomie in Deutschland. So liegt im Gastgewerbe der Anteil ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei rund 20 Prozent. Er ist somit gemessen an der Gesamtzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten drei Mal höher als der Durchschnitt.

In unseren Betrieben arbeiten Menschen aus allen Ländern, unterschiedlicher Religionen, Frauen und Männer zusammen. Für eine solche Zusammenarbeit sind gegenseitiger Respekt

und Toleranz notwendig. Auch in den Unternehmen der Ernährungswirtschaft und des Gastgewerbes haben Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung nichts zu suchen. Das respektvolle und friedliche Miteinander der Kulturen und Religionen ist ein wichtiger Bestandteil des betrieblichen Alltags.

Wir wollen das deutlich machen und haben deshalb mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) die Initiative „Gemeinsam für Toleranz“ gegründet. Die Initiative ist das offene und gemeinsame Bekenntnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dass Rechtsextremismus und Fundamentalismus in den Betrieben der Ernährungswirtschaft und des Gastgewerbes keinen Platz haben. Die Initiative zeigt, wie ein tolerantes

Miteinander in der Arbeitswelt möglich ist. Denn wir leben und arbeiten in einer Gesellschaft.

Auf unserer Internetseite zur Initiative (www.gemeinsam-fuer-toleranz.de) halten wir für alle interessierten Mitglieder des DEHOGA, der ANG und der NGG vielfältige Informationsprodukte zur Kampagne und praktische Hilfestellungen für ein tolerantes Miteinander im Betrieb bereit.

Wir helfen Personalbüros und Betriebsräten mit unterschiedlichen Materialien, einem Leitfaden für Betriebsvereinbarungen und Best-Practice-Beispielen, vor Ort in den Betrieben an einem Klima der Toleranz zu arbeiten. Positiv sind auch Beispiele des Widerstands von Betriebsräten und Hoteliers, um geplante Veranstaltungen von Republikanern oder Rechtsextremen zu verhindern.



GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich